

Antrag

der Abgeordneten Roth, Vosen, Heyenn, Frau Bulmahn, Catenhusen, Fischer (Homburg), Frau Ganseforth, Grunenberg, Lohmann (Witten), Nagel, Seidenthal, Vahlberg, Andres, Dreßler, Egert, Haack (Extertal), Kirschner, Peter (Kassel), Reimann, Schreiner, Frau Steinhauer, Urbaniak, Frau Weiler, von der Wiese, Ibrügger, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD

Gestaltung der technischen Entwicklung; Technikfolgenabschätzung und -bewertung

Der Bundestag wolle beschließen:

I.

Zur Fortführung der in der 10. Wahlperiode begonnenen Arbeiten der Enquete-Kommission „Einschätzung und Bewertung von Technikfolgen; Gestaltung der Rahmenbedingungen der technischen Entwicklung“ wird gemäß § 56 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages eine Enquete-Kommission eingesetzt.

II.

Die Enquete-Kommission hat die Aufgaben:

1. Abschluß der in der 10. Wahlperiode begonnenen Arbeiten auf den Sachgebieten „Expertensysteme“, „Nachwachsende Rohstoffe“ und „Alternative Agrarpfade“;
2. Untersuchung eines weiteren zentralen Technikfeldes, dessen Entwicklung politischen Handlungs- und Gestaltungsbedarf erwarten läßt, wie z. B. die Auswirkungen von neuen Energie- und Umwelttechniken auf den Arbeitsmarkt und die regionale Strukturpolitik;
3. weitere Bearbeitung und ggf. Präzisierung des Institutionalisierungsvorschlages, den die Enquete-Kommission in der 10. Wahlperiode – Drucksache 10/5844 – gemacht hat und ggf. gutachterliche Begleitung der parlamentarischen Beratungen zu diesem Institutionalisierungsvorschlag.

III.

Die Enquete-Kommission setzt sich aus neun Abgeordneten des Deutschen Bundestages im Verhältnis 4:3:1:1 für das Besetzungsrecht der Fraktionen zusammen. Die von den Fraktionen zu benennenden Abgeordneten sollen ein möglichst breites Spektrum von Politikfeldern abdecken. Weitere Mitglieder der

Enquete-Kommission sind acht nicht dem Deutschen Bundestag oder der Bundesregierung angehörende Sachverständige.

IV.

Die Enquete-Kommission soll über das Ergebnis ihrer Arbeit bis zum 31. Dezember 1988 einen Bericht vorlegen.

Bonn, den 20. Mai 1987

**Roth
Vosen
Heyenn
Frau Bulmahn
Catenhusen
Fischer (Homburg)
Frau Ganseforth
Grunenberg
Lohmann (Witten)
Nagel
Seidenthal
Vahlberg
Andres
Dreßler
Egert
Haack (Extertal)
Kirschner
Peter (Kassel)
Reimann
Schreiner
Frau Steinhauer
Urbaniak
Frau Weiler
von der Wiese
Ibrügger
Dr. Vogel und Fraktion**

Begründung

Die SPD-Bundestagsfraktion hat im Dezember 1986 bei der Beratung des Berichts „Zur Institutionalisierung einer Beratungskapazität für Technikfolgenabschätzung und -bewertung beim Deutschen Bundestag“ – Drucksache 10/5844 – angekündigt, so bald wie möglich die Fortführung der von der Enquete-Kommission „Einschätzung und Bewertung von Technikfolgen; Gestaltung der Rahmenbedingungen der technischen Entwicklung“ in der 10. Wahlperiode begonnenen Arbeiten zu ermöglichen.

Damit bekundet die SPD-Bundestagsfraktion ihren Willen, das Parlament bei der Behandlung technikbezogener Fragen besser als bisher in die Lage zu versetzen, Chancen und Risiken des technischen Wandels zu erkennen und zu beurteilen.

Die SPD-Bundestagsfraktion macht sich damit die im Konsens aller Fraktionen gefundenen Empfehlungen der bisherigen Enquete-Kommission zu eigen.

Mit der Wiedereinsetzung der Enquete-Kommission geht die SPD-Bundestagsfraktion darüber hinaus auf die im Jahre 1986 nach den Katastrophen von Tschernobyl und der Rheinvergiftung öffentlich erhobenen Forderungen zur Gestaltung des technischen Wandels ein und will damit auch konkrete Entscheidungen zur Institutionalisierung einer ständigen Beratungskapazität für Technikfolgenabschätzung und -bewertung beschleunigen.

